Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummern 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerhalb: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen nehmen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer werden nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

Unterröcke
für Erwachsene und Kinder in allen Sommer-Stoffen, **eigenes Fabrikat,** empfiehlt das grösste Lager zu denkbar billigsten Preisen
W. Metzler,
14 Altmarkt 14, Part. u. 1. Et.
Anfertigungen nach Mass in kürzester Zeit.

Neuheiten. **Tapeten** Neuheiten.
Wand- u. Plafond-Decorationen (eigenes Fabrikat) von den **billigsten** bis zu den **feinsten** Gattungen empfehlen in **reicher** Auswahl und zu den **denkbar billigsten Preisen**
Conrad & Consmüller,
Waisenhausstrasse 13 (nächst dem Georgplatz).

Schlafdecken
in allen Grössen und Qualitäten von dem billigsten bis zu dem feinsten Genre empfiehlt das grösste Lager
W. Metzler,
14 Altmarkt 14,
Parterre und 1. Etage.

Nachttelegramme. Cassel. Reichstagswahl. Rintelen erhielt soweit bis jetzt bekannt die meisten, Lehrer Liebermann (Fortschr.) 2174, Senator Schläger (Nat.-Lib.) 1620 und v. Malsburg (Cons.) 753 Stimmen.

London. Das Missengericht erkannte Most für schuldig. Der Urtheilsspruch wurde jedoch verschoben.

Nr. 146. Witterung vom 25. Mai. Barometer, nach Oskar Hoppe, Wachstraße 15 (Mittags 6 U.) 702 Mill., seit gestern 3 Mill. gefallen. Thermometerstgr. n. Reaum.: 16¼° W., wieder. Temp. 11° W., höchste Temp. 18¼° W. Nord-Ost-Wind. Regen, bedeckt.

Aussichten für den 26. Mai: Veränderlich, Bewölkung, warm, Gewitterneigung.

Donnerstag, 26. Mai.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Ueber den neugeschlossenen deutsch-österreichischen Handelsvertrag gießen die Freihändler ganze Kübel voll Spott und Hohn aus. Statt des pomphaft angekündigten Zollvereins zwischen Deutschland und Oesterreich habe man nach anderhalbjähriger Unterhandlung nur einen dürftigen Meistbegünstigungsvertrag zustandegebracht. Es sei eine Hülse ohne Inhalt. Am liebsten hätten es freilich die Freihändler gesehen, man hätte nicht einmal die Hülse hergestellt. Offen gestanden, ein etwas fetteres Gericht, als diese magere Kost, welche die beiderseitigen Unterhändler jetzt präsentiren, hätte uns auch mehr zugesagt. Aber, wie die Dinge liegen, war eben nicht mehr zu erreichen. Beide Reiche haben den löblichen Zweck ihre Erwerbsverhältnisse zu schützen. Oesterreich wollte die Eingangszölle auf die deutschen Industrieerzeugnisse, Bismarck diejenigen auf die landwirthschaftlichen Produkte erhöhen. Namentlich hatte er die Zölle auf Mehl, Holz, Leder, Vieh und Trauben im Auge; der Zoll auf Holz, zum Schutze der deutschen Forsten, sollte sogar eine vierfache Erhöhung erfahren. Bei solcher Unvereinbarkeit gegenseitiger Anschauungen beschränkte man sich darauf, nur das unumgänglich Nöthige in den Handelsvertrag aufzunehmen. Ein Vortheil ist es jedenfalls, daß damit auch die Nothwendigkeit wegfiel, Oesterreich die Wiedereinführung zollfreier Rohleinen zu gewähren und ihm auch nicht das unwürdige Zugeständniß gemacht zu werden brauchte, daß sich die deutschen Besitzer österreichischer Eisenbahnprioritäten die eigenthümliche Herabsetzung des Couponpreises in Oesterreich gefallen lassen sollen. Trotz dieser partiellen Vortheile gemahnt aber der bescheidene Abschluß so langwieriger Vertragsverhandlungen an das Schillersche Distichon:

In dem Ozean schifft mit tausend Masten der Jüngling;
Still — auf gerettetem Boot — treibt in den Hafen der Greis.

Was am meisten bei diesem Vertrage zu besorgen ist, daß trotz des Meistbegünstigungsvertrages zwischen beiden Reichen der Zollkrieg nicht ausbleibt. Deutschland wird sich z. B. nicht abhalten lassen, einen Zoll auf ungarische Trauben einzuführen und den Zoll auf Mehl zu erhöhen. Repressalien seitens Oesterreichs sind unvermeidlich. Wer wird's am längsten aushalten? Wir meinen, wir. Endlich aber wird die Logik dazu drängen, daß beide Staaten in ein enges Zollbündniß mit einander treten, das freilich erst dann Dauer und Kraft gewinnt, wenn man es auf Frankreich ausdehnt. Der große fruchtbare Gedanke Bismarck's von einem mitteleuropäischen, Deutschland, Oesterreich und Frankreich umfassenden Zollvereine wird in einer soeben von Baron Fuchs-Nordhoff père veröffentlichten Broschüre „Der nächste Feldzug" warm empfohlen. Scheinbar entfernt sich der neue österreichisch-deutsche Handelsvertrag von diesem Ziele; aber große volkswirthschaftliche oder politische Probleme verwirklichen sich nicht immer in gerader Linie; was als Rückschritt erscheint, ist in Wahrheit oft nur ein Umweg, mitunter sogar die Basis eines neuen Schritts nach vorwärts. Und es wäre seltsam, wenn der Uebergang von dem wohlstandzerstörenden Freihandelssystem zu dem wohlstanderzeugenden Schutzzoll so ganz glatt sich vollziehen könnte. Die Parlamente Deutschlands und Oesterreich-Ungarns werden nach Lage der Dinge nichts Besseres thun können, als den mühselig errungenen Handelsvertrag zutzuheißen.

„Die Burschen müssen zappeln" soll Jemand gesagt haben. Wer? Das sagen wir nicht. Mit „Burschen" aber sind die Hamburger gemeint, die nicht in den Zollverein treten wollen. Preußen macht es den Hansen begreiflich, daß die Elbe nicht ein Hamburger Wasser ist, das lediglich dazu zu dienen habe, den Engländern den bequemen Import ihrer Waaren zu ermöglichen. Unterhalb Hamburgs fließt die Elbe zwischen den beiden preußischen Provinzen Hannover und Holstein. Hamburgische Strombeamte bewirken und beaufsichtigen dort die Fahrwasser-Korrektionsarbeiten. Es genügt aber ein einfacher Federstrich Bismarck's, die Hamburger Strombeamten von dort wegzuweisen. Welche schädigenden Folgen für den Welthandel Hamburgs daraus erwachsen, bedarf keiner Darlegung. Der Ernst der Lage scheint jenen stolzen Kaufleuten jedoch noch nicht klar geworden zu sein. Sie unterschätzen auch jetzt noch einestheils das Lebensinteresse, welches das gesammte Deutschland daran hat, daß Deutschlands größter Seehafen auch wirklich im Dienste des Ganzen zur Hebung der deutschen Ausfuhr fungire und andererseits, daß ein Mann von der Energie Bismarck's sich vorgesetzt hat, diesem Lebensinteresse des Vaterlandes gegen ein störriges egoistisches Bundesglied Geltung zu verschaffen. Die Hamburger befinden sich in jener schiefen Lage, die stets eine solche Selbsttäuschung mit sich führt. Daß sie jetzt so „zappeln", ist ein Schauspiel, das auch anderwärts nur Bedauern zu erwecken vermag, das aber bei einer klügeren und patriotischeren Politik wohl zu vermeiden war und das sie sicherlich gut thäten, bald zu beenden. Giebt Hamburg jetzt nicht sofort nach, verweigert es den augenblicklichen Eintritt in den Zollverein, so hat Bismarck in seinem Arsenale noch ein letztes Mittel. Er thut den Hamburgern den Gefallen, bewirkt aber den alsbaldigen Eintritt Altonas in den Zollverein und läßt dann durch Preußen in Altona solche Hafen-, Quai- und Entrepotsanlagen aufführen, daß diese Stadt in den Stand gesetzt ist, eine Rolle als großer Seehafen ohne oder gegen Hamburg zu spielen. Wenn dann Hamburg in den nächsten 15—20 Jahren, durch diese Konkurrenz mürbe gemacht, selbst seine Aufnahme in den Zollverein nachsuchen sollte, so würde sich Preußen diesem Antrage widersetzen und ihn schließlich nur bewilligen, wenn Hamburg ihm die solchergestalt verausgabten Summen zurückerstattete. Während jetzt also Hamburg vom Reiche für seinen Eintritt in den Zollverein etwa 30 Mill. M. zur Herstellung der nöthigen Bauten von Häfen, Quais und Zollniederlagen erhielte, müßte es sein späteres Nachgeben durch Zahlung von soviel Millionen an Preußen (nicht an das Reich) erkaufen. Selbstachtung, Würde, Klugheit wie Patriotismus rathen also Hamburg, sein gemeinschädliches Freihafenprivileg sobald als möglich aufzugeben. Bismarck's Aeußerung: er werde mit dem Bundesrathe den Eintritt Hamburgs durchsetzen — der Reichstag möge darüber beschließen, was er wolle, hat natürlich in letzterem große Aufregung verursacht. Hübsch klingt Das nicht.

So kurz in Frankreich die Berathung über die Einführung der Listenwahl war, an den 19. Mai wird dieses Land noch lange zu denken haben. Frankreich hat sich an diesem Tage seinen neuen Gebieter gegeben. Gambetta beginnt schon die Konsequenzen seines Sieges zu ziehen. Als erstes Opfer verlangt sein nunmehr schrankenloser Ehrgeiz den Minister des Aeußern, Barthélémy St. Hilaire. Dieser würdige Gelehrte bewahrte sich immer bisher die Unabhängigkeit seiner Stellung; er ließ sich von Gambetta weder leiten noch einschüchtern. Nun hat er die Unvorsichtigkeit begangen, in einem Schreiben an eine Zeitung zu sagen:

„Wir können das Verhalten Deutschlands in der wichtigen Tunisfrage nur rühmen; ich gebe gern der Dankbarkeit Ausdruck, die wir der deutschen Regierung und den hervorragendsten Zeitungen Deutschlands schuldig sind; es ist nur ein Akt der Gerechtigkeit."

In diesen Worten gab der französische Minister zwar nur der Wahrheit die Ehre, aber daß er ein Wort des Dankes für Deutschland hatte, rechnet ihm die Pariser Presse als puren Landesverrath an. Selbst Rochefort, der Gegner von Gambetta, deducirt aus diesen Worten St. Hilaires „daß Deutschland der Mitschuldige in der tunesischen Frage war. Dieser St. Hilaire ist vielleicht der am wenigsten unanständige Mann im Ministerium. Beurtheilen Sie nach diesem die Uebrigen". Die Gambettistische Presse verlangt stürmisch die Absetzung des Ministers; eine Kreatur Gambetta's wird wohl bald St. Hilaire's Amt einnehmen. Die Ministerien des Kriegs, des Innern und des Aeußern in den Händen seiner Getreuen, — dann kann Gambetta mit Seelenruhe in die Wahlkampagne eintreten. Obwohl die jetzigen Kammern noch 67 mehr oder weniger wichtige Gesetze zu erledigen haben, verlangen Gi's Preßsklaven die unmittelbare Auflösung der Kammern. Gambetta aber schickt sich an, wie ein Diktator mit königlichem Gepränge eine Reise durch Frankreich anzutreten. Mit einer Wolke von hohen Beamten, Senatoren, Deputirten, Journalisten und Stellenjägern aller Sorten umgeben, will er nach seiner Vaterstadt Cahors wallen, um daselbst am Himmelfahrtstage eine große politische Programmrede zu halten. Halb Frankreich liegt bereits sklavisch zu seinen Füßen. Man hat ihm nachgerechnet, daß er in der kaum einstündigen Rede über die Listenwahl die persönlichen Fürwörter Moi und Je nicht weniger als 165 Mal gebraucht habe. Er schrieb sein breites Ich in den Vordergrund und pflanzt seinen Leib, weithin sichtbar, alles Andere verdeckend, vor den Augen seiner Landsleute auf. Je rücksichtsloser sein Ehrgeiz sich spreizt, desto mehr schwindet bei seinen Kreaturen jede Spur selbstständigen Wirkens. Die Minister sind zu reinen Ziehpuppen herabgesunken; die Ministerialdirektoren besorgen nicht mehr sie, was sie thun oder lassen sollen, sondern Gambetta, vor dem Alles kriecht und wedelt. Bei den Bauern steigt sein Ansehen immer noch. Niemand hat so wie der von der Gunst des Himmels abhängige Landmann Respekt vor dem Mächtigen, „der Alles durchsetzt". Bei seinem Triumphzug nach dem Süden wird Gambetta durch die Gefälligkeit des Großkanzlers der Ehrenlegion, Faidherbe, im Stande sein, massenhafte Dekorationen auszutheilen. Man darf auf frenetische Ausbrüche des Enthusiasmus bei den Südländern gefaßt sein. Unterwürfigkeit, Gesinnungslosigkeit und fast muselmännischer Fatalismus bewegt die Franzosen, sich einem Habgierigen und Ehrgeizigen hinzugeben, um ihn anfangs schalten zu lassen, später jedoch nach harten Prüfungen, werden sie ihm schon als einem Gottverlassenen Fluche nachfluchen.

In Oesterreich konfiszirt die Regierung alle unabhängigen Blätter, die sich zum Echo der flammenden Parlamentsreden gegen den Lienbacher'schen Verdammungsantrag machen; in Rußland verweigert der Zar seinem Oheim, dem Großfürsten Constantin, die nachgesuchte Erlaubniß zu einer Reise ins Ausland, da er als Chef des Marineweesens verdächtig ist, die Dynamit-Entwendungen zur Ermordung des Zaren gewußt und verschwiegen zu haben; in Italien verlangt Garibaldi die Aufstellung eines Observationskorps von 50,000 Mann in Sizilien zur Beobachtung der Franzosen in Tunis, während der König Humbert vor den Beleidigungen der republikanischen Presse schutzlos bleibt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 25. Mai.

Berlin. Reichstag. Aus der Mitte der Conservativen sind zwei sich entgegenstehende Anträge auf Abänderung des Unterstützungs-Wohnsitzgesetzes eingebracht. Der eine ist vom Centrum durch v. Varnbüler und von den sächsischen Abgeordneten Günther-Oschatz, Ackermann, Dr. Frege, v. Könitz, Reich, Richter-Eibrandt, Schmiedel, Dr. v. Schwarze und Vogel unterzeichnet. Abg. v. Varnbüler begründet den Antrag in 1½stündiger Rede eingehendst. Leider sind seine Ausführungen, da seine Stimme infolge eines chronischen Halsleidens beeinflußt ist (Frauenstimme), auf der Tribüne unverständlich. Mit Heimathrecht sollen bezeichnet werden die verschiedenen Formen dauernder Gemeinde- und Ortsangehörigkeit, wie sie vor Erlaß des Unterstützungswohnsitzgesetzes in Deutschland (Bürgerrecht rc.) existirten. Dem Antrag Varnbüler steht entgegen der Antrag des Grafen Udo zu Stolberg-Wernigerode, wonach der Unterstützungswohnsitz durch einen einjährigen Aufenthalt nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre erworben, durch die Erwerbung eines anderen und, wenn solche nicht erfolgt ist, durch eine zweijährige Abwesenheit nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre verloren wird. Gerwig (unterstützt von Nationalliberalen, u. A. Landmann aus Plauen) beantragte: Erwerb des Unterstützungswohnsitzes durch dreijährigen Aufenthalt, Verlust desselben durch fünfjährige Abwesenheit. Streit-Zwickau anerkennt das Reformbedürfniß des Unterstützungswohnsitzgesetzes, aber nicht in der Richtung des Antrages Varnbüler. Der stabile Unterstützungswohnsitz schaffe nur Weiterungen für die Gemeinden. Der Antrag des Grafen Stolberg schaffe eine noch größere Decentralisation und würde nur eine nachtheilige Wirkung auf die Arbeiter und auf die Dienstboten üben. Er stellt folgende Gesichtspunkte zur Erwägung: Dauernder Unterstützungs-Wohnsitz von einem gewissen Lebensalter (etwa 60 Jahre) an, Verlängerung der Frist, innerhalb deren der Unterstützungs-Wohnsitz durch dauernde Abwesenheit verloren wird, auf mindestens 6 Jahre. Abg. v. Schorlemer-Alst meinte, es bliebe gar nichts übrig als zur alten Zeit zurückzukehren, nachdem der moderne Liberalismus abgewirthschaftet. Nothwendiger als die Revision des Unterstützungswohnsitz- sei die des Freizügigkeitsgesetzes, das in manchen Gegenden zu einem Terrorismus der Vagabondage geführt habe. Der Antrag Schorlemer's (die Anträge dem Kanzler zur Erwägung zu überweisen mit dem Ersuchen, über das Ergebniß derselben s. A. dem Reichstag Mittheilung zu machen) wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Hamburger Zollanschluß-Debatte nimmt einen sehr dramatischen Anfang. Die vorliegenden Anträge Richter-Karsten und Audfeld (alias Delbrück) sind bekannt. Vor Eintritt in die nun folgende Berathung tritt Staatssekretär Dr. von Bötticher auf und verliest eine im Namen des Bundesraths abgefaßte geharnischte Erklärung, wonach der Bundesrath gegen die im Richter'schen Antrage behauptete Verfassungs-Verletzung, sowie gegen jeden Versuch, seine (des Bundesraths) Entschließungen durch solche Beschlüsse, wie der Richter'sche Antrag, zu verhindern, entschieden Verwahrung einlegt. Der Bundesrath halte es unter seiner Würde, sich an der Berathung eines solchen Antrages zu betheiligen. Hierauf geht der Bundeskommissar unter lebhaftem Beifall der Rechten mit Grandezza ab, während links ein halbverschämtes Zischen hörbar wird. Der Bundesrathstisch ist nachdem wie abgefegt. Richter-Hagen vermißt jedoch die Herren vom Bundesrathe nicht, er sagt, dieselben würden schon erfahren, was vorgegangen. Ein solches Verfahren heiße aber doch die Konflikte herausfordern. Bei Feststellung des sächsischen Militärbudgets habe der Kanzler seiner Zeit gebeten, auf das Zartgefühl der Einzelstaaten Rücksicht zu nehmen, und was geschehe hier, wo gewissermaßen die ganze Existenz eines deutschen Bundesstaates auf dem Spiele stehe. Anträge von Marquardsen und Gen. und Windthorst und Gen. bitten den Bundesrath von den fraglichen Maßregeln gegen Hamburg bis zum Zustandekommen der Vereinbarung mit Hamburg Abstand zu nehmen. v. Minnigerode und Genossen beantragen über den Antrag Richter zur Tagesordnung überzugehen. Wolffson spricht für den Antrag, wonach die z. Z. auf der Elbe bestehende Zollgrenze nur durch Gesetz an eine unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden kann. Dann wird die Sitzung auf Freitag vertagt. Auf der Tagesordnung u. A. Stempelsteuer. — Die Gewerbekommission genehmigte die Gewerbeordnungsnovelle über den Gewerbebetrieb der Turn-, Tanz- und Schwimmlehrer u. s. w. mit erheblicher Majorität. — Der Kaiser dinirt Sonnabends beim Fürsten Bismarck.

Paris. General Forgemol meldet: Die Häuptlinge einiger Stämme unterwarfen sich und erklärten, der Bey hätte ihnen befohlen, sich jedes feindlichen Aktes gegen die Franzosen zu enthalten. — Gambetta ist in Cahors eingetroffen; nirgends fand Empfang statt.

Rom. Corti erklärte in einem Telegramm an den türkischen Minister des Aeußern, das Document über ein Gespräch Waddington-Corti-Salisbury, wonach Italien Tripolis nehmen könne, wenn Frankreich Tunis nehme, als apokryph.

Haag. Der Finanzminister hat demissionirt.

London. Von Ontario wird gemeldet: Der Dampfer „Victoria", auf welchem gestern 600 Personen einen Ausflug unternahmen, scheiterte auf der Rückfahrt und sind 175 Personen ertrunken.

Berliner Börse. Die Hausse machte heute bei lebhaftem Verkehr wieder glänzende Fortschritte; es herrscht bezüglich der Zukunft offenbar die günstigste Auffassung. Die feste Tendenz hielt bis zum Schluß an, nur die Kauflust nahm etwas ab. Oesterr. Kredit blieben 9, Ungarische 17, Franzosen 4, Lombarden 1 Mk. besser. Für Eisenbahnen gute Meinung, steigend. Oesterr. Prioritäten etwas stiller. Banken überwiegend höher, so Discontogesellschaft um 2½, Deutsche Bank um 2, Dresdner Bank junge um 1, alte um ¾, Leipziger Kredit um 2½, Leipziger Disconto um 1½, Sächsische um ½ Procent. Deutsche Fonds still, fremde belebt, theils höher. 80er Russen und 4proc. Ungarn je ½ Proc. besser. Bergwerke und Industrie meist still. Sächs. Rüböladen 1, Lauchhammer ½ Proc. höher.

Lokales und Sächsisches.

— Eine betrübende Nachricht kommt aus Hosterwitz. Trotz des nunmehr vierwöchentlichen Landaufenthaltes Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Georg mit Familie ist im Befinden des Prinzen Albert die erhoffte Besserung noch nicht eingetreten. Der Prinz muß fast immer das Bett hüten und nimmt nur wenig Nahrung zu sich. In der letzten Woche sind aber die Blutungen etwas seltener aufgetreten.

— Am Dienstag fand bei Sr. Exc. Herrn Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz eine größere Abendgesellschaft statt, zu welcher außer den Ministern in Evangelicis und den Mitgliedern des Landeskonsistoriums auch die Mitglieder der Landessynode geladen waren.

— Die Landessynode nahm auf Vorschlag des Referenten Haberkorn das Kirchengesetz an, wornach zur Giltigkeit von Urkunden, die der Kirchenvorstand ausstellt, nicht mehr die Unterschrift sämmtlicher Mitglieder, sondern nur die des Vorstandes und zweier Mitglieder des Kirchenvorstandes erforderlich ist. Ein Antrag des Prof. Pötzsche, der um Vorlegung eines Ausphfarrungsgesetzes bittet, wird mit 32 gegen 30 Stimmen angenommen. Landeskonsistorialpräsident Uhde weist auf die großen Schwierigkeiten hin, die jede Ausphfarrung habe; Pastor Sutze bestätigt dies, schlägt aber vor, daß die Parochianen in dieser Hinsicht sich organisiren und in Ermangelung von Geistlichen auch Lehrer zur Abhaltung des Gottesdienstes anstellen möchten. Ein Antrag des Pastor Leonhardi auf Gründung von Fonds zur Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in solchen Gemeinden, die über 4000 Seelen zählen, wird nach längerer Debatte auf Antrag Weitauer's zur Kenntnißnahme dem Landeskonsistorium überwiesen. In der Petition des P. Richter in Leutewitz und Genossen, den Religionsunterricht in der Volksschule betr., wird Vermehrung der wöchentlichen Religionsstundenzahl und Wiederherstellung des einjährigen Katechismuskursus verlangt. Der Ausschuß erklärt dieselbe nach den von den Kommissaren gemachten Mittheilungen über neuerdings mit dem Ministerium des Kultus gepflogenen Verhandlungen und in Aussicht stehenden weiteren Maßnahmen derselben als erledigt. Gleichwohl entspinnt sich eine lebhafte Diskussion darüber. Konsistorialrath Dr. Meier (Dresden) wünscht, daß der Religionsunterricht in den Realschulen von 3 auf 4 Stunden vermehrt werde. Prof. Pötzsche formulirt diesen Wunsch in einen Antrag. Minister v. Gerber versichert, daß die in Rede stehende Angelegenheit schon längst Gegenstand seiner eingehendsten Bestrebungen sei, indeß gehören zur Ertheilung eines erfolgreichen Religionsunterrichts eine gewisse Begabung. Das Kirchenregiment werde daher zunächst auf die Seminarien zu wirken suchen. Er müsse indeß die formelle Fassung der Petition als eine schwere Anklage der gegenwärtigen Volksschulorganisation zurückweisen. Prof. Pötzsche zieht seinen Antrag zurück, wogegen der Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen wird.

— In Folge der in den letzten Tagen in Böhmen niedergegangenen Regengüsse beginnt das Wasser der Moldau und Elbe abermals langsam zu steigen, Budweis meldete vorgestern einen Wuchs von 90 Ctm., gestern früh einen dergleichen von 26, Prag von 40 und Melnik von 39 Centimetern, Leitmeritz Stillstand.